

Stand: 29.12.2025 03:08:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2215

"Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2215 vom 04.06.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3969 des WI vom 02.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4207 vom 12.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen, entsprechende Maßnahmen für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung zeitnah zu realisieren und dabei nachfolgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Eine Nachfolgeregelung für die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus muss den Ländern und Kommunen Planungssicherheit geben, einschließlich einer Öffnung der Mittel für Erhalt und Sanierung.
2. Wegen des hohen Bedarfs sind die im Rahmen der Fiskalpaktverhandlungen vertragten Entflechtungsmittel für den Umweltverbund (ÖPNV und Radverkehr) und den kommunalen Straßenbau über 2019 hinaus zu steigern, einschließlich einer Öffnung der Mittel für Erhalt und Sanierung.
3. Eine höhere Anpassung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung von SPNV-Leistungen muss den gestiegenen Kosten insbesondere für Trassen, Stationen, Löhnen und Energie gerecht werden.

Begründung:

Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Insbesondere im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) existieren schon heute durch die 2019 fortlaufenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz- und Entflechtungsmittel erhebliche Beeinträchtigungen in der Finanzierungssicherheit wichtiger Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau zukunftsfähiger Vorhaben. Weil die Regionalisierungsmittel des Bundes nicht den Kostensteigerungen bei Trassen, Stationen, Löhnen und Energie standhalten, werden die Spielräume beim erfolgreichen Bayern-Takt zukünftig enger. Das Regionalisierungsgesetz definiert die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im ÖPNV als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Der Bund kann und darf sich nicht seiner gesetzlichen Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung des SPNV in den Ländern entziehen. Eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung ist zeitnah zu realisieren. Eine Verschiebung in eine Bund-Länder-Finanzkommission ab 2019 würde zu erheblichen Planungsunsicherheiten führen. Dies würde zukünftige Ausschreibungen erschweren und ÖPNV-Investitionen aufgrund der unklaren Finanzierungssituation reduzieren.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/2215

Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen, entsprechende Maßnahmen für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung zeitnah zu realisieren und dabei nachfolgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Eine Nachfolgeregelung für die Fortführung der Gemeindeverkehrsfinanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus muss den Ländern und Kommunen Planungssicherheit geben.
2. Wegen des hohen Bedarfs sind die bis Ende 2019 verstetigten Entflechtungsmittel für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau über 2019 hinaus fortzuführen und zu steigern.
3. Die Ausgestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss auch, insbesondere mit Blick auf die Kommunen, den erheblichen Bedarf an zum Bestandserhalt notwendigen Investitionen berücksichtigen.

4. Eine deutliche Aufstockung sowie eine höhere Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung von SPNV-Leistungen muss eine Weiterentwicklung des Angebots im Schienenpersonennahverkehr ermöglichen und den gestiegenen und weiter steigenden Kosten insbesondere für Trassen, Stationen, Löhne und Energie gerecht werden.“

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Markus Ganserer
Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 2. Oktober 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

**Erwin Huber
Vorsitzender**



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2215, 17/3969

Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen, entsprechende Maßnahmen für eine auskömmliche und langfristig gesicherte Finanzierung zeitnah zu realisieren und dabei nachfolgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Eine Nachfolgeregelung für die Fortführung der Gemeindeverkehrsförderung nach dem GVFG-Bundesprogramm über 2019 hinaus muss den Ländern und Kommunen Planungssicherheit geben.
2. Wegen des hohen Bedarfs sind die bis Ende 2019 verstetigten Entflechtungsmittel für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau über 2019 hinaus fortzuführen und zu steigern.
3. Die Ausgestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss auch, insbesondere mit Blick auf die Kommunen, den erheblichen Bedarf an zum Bestandserhalt notwendigen Investitionen berücksichtigen.
4. Eine deutliche Aufstockung sowie eine höhere Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung von SPNV-Leistungen muss eine Weiterentwicklung des Angebots im Schienenpersonennahverkehr ermöglichen und den gestiegenen und weiter steigenden Kosten insbesondere für Trassen, Stationen, Löhne und Energie gerecht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 4, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte nochmals darum, die Plätze wieder einzunehmen und an der Abstimmung teilzunehmen oder draußen weiterzusprechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftsfähige Mobilität für Bayern: Der Bund muss eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherstellen
Drs. 17/2215, 17/3969 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Auswirkungen von Stromleitungen auf Mensch und Natur
Drs. 17/2314, 17/3963 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Basisstationen für ein LTE-Netz aufrüsten
Drs. 17/2528, 17/3965 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt u.a. SPD
Umweltkriminalität aufdecken – Ermittlungsbehörden stärken!
Drs. 17/2590, 17/3727 (E)

der Antrag wird gesondert beraten

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünniker und Fraktion (CSU)
Schweinekrankheit PED im Auge behalten
Drs. 17/2675, 17/3728 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Pflichtmitgliedschaft der Jagdpächter in der SVLFG abschaffen
Drs. 17/2682, 17/3981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	A

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aufgaben und strategische Entwicklungsfelder des bürgerschaftlichen
Engagements in Bayern
Drs. 17/2765, 17/3988 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz von alternativen Bekämpfungsmethoden gegen den Asiatischen
Laubholzbockkäfer
Drs. 17/2771, 17/3982 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Novellierung kommunalfeindlicher ÖPNV-Verordnung verhindern
Drs. 17/2772, 17/3966 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD
Jungen in Bayern besser fördern!
Drs. 17/2793, 17/3947 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Helga Schmitt-Büssinger u.a. SPD
Sanierungspläne für die Festung Marienberg und gegebenenfalls neuer Standort
für das Staatsarchiv
Drs. 17/2795, 17/4060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Transparenter Kostenvergleich einer Ansiedlung von Hochschuleinrichtungen
im ehem. Quelle-Gebäude gegenüber einer Ansiedlung „Auf AEG“
Drs. 17/2796, 17/4061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Internationalisierungsprojekt FHWS i-Campus auf dem ehemaligen Ledward-Gelände
Drs. 17/2797, 17/4062 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Bezahlssysteme für öffentliche Verkehrsangebote digitalisieren
Drs. 17/2819, 17/3967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
Ausfälle und Verspätungen bei der Münchner S-Bahn abstellen
Drs. 17/2823, 17/3968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>